

# Wirtschaft

»Kommt doch erst einmal pünktlich, und dann kommt mir mit künstlicher Intelligenz.« ► S. 62



Exportschlager Porsche

JOHN PARRA / GETTY IMAGES

Leistungsbilanzüberschüsse

## Scholz hält Trump für mitschuldig

US-Steuerreform entlastet Bürger und Unternehmen und treibt so die Nachfrage nach deutschen Waren.

● Die Bundesregierung macht US-Präsident Donald Trump mitverantwortlich für Deutschlands hohe Leistungsbilanzüberschüsse. »Die Auswirkungen expansiver Finanz- und Wirtschaftspolitiken anderer Länder (wie etwa in den USA) spielen nach wie vor eine entscheidende Rolle für die Entwicklung des deutschen Leistungsbilanzsaldos«, heißt es in der Antwort des Bundesfinanzministeriums (BMF) auf eine Anfrage der Fraktion Die Linke. Die Experten von Finanzminister Olaf Scholz (SPD) spielen damit auf die US-Steuerreform an, die Bürger und Unternehmen um Hunderte Milliarden Dollar entlastet und die Nachfrage nach deutschen Waren treibt. Es gebe »keine singulären deutschen Politikmaßnahmen, die den Überschuss verursacht haben«.

Er sei mit rund acht Prozent vom BIP derzeit zwar relativ hoch, stelle »aber kein übermäßiges Ungleichgewicht dar«, schreiben die BMF-Experten. Im globalen Vergleich habe die regionale Zusammensetzung des Leistungsbilanzsaldos einer Währungsunion »nur geringe Aussagekraft, sodass sinnvollerweise nur der Leistungsbilanzsaldo der Eurozone betrachtet werden kann«. Der betrug vergangenes Jahr 3,5 Prozent. Deutsche und europäische Leistungsbilanzsalden seien Ergebnis »von marktbasierter Angebots- und Nachfrageentscheidungen von Unternehmen und privaten Verbrauchern auf den Weltmärkten«. Sie könnten nicht oder nur indirekt durch wirtschafts- und finanzpolitische Maßnahmen in Deutschland und Europa beeinflusst werden. REI

Sozialbeiträge

### Wirtschaftsweiser für stärkere Entlastung

● Der Vorsitzende des Sachverständigenrats zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, Christoph Schmidt, hat die Bundesregierung aufgefordert, den Beitragssatz zur Arbeitslosenversicherung stärker zu senken, als bislang geplant. »Es bestünde genug Luft, den

Beitrag um bis zu 0,5 Prozentpunkte zu senken«, sagt der Chef des Rats, der auch die »fünf Wirtschaftsweisen« genannt wird. Die Rücklagen der Arbeitslosenversicherung dürften wegen der ausgezeichneten Beschäftigungslage im Laufe des Jahres auf mehr als 20 Milliarden Euro ansteigen, argumentiert Schmidt, der auch Präsident des RWI-Leibniz-Instituts für Wirtschaftsforschung in Essen ist. »Dieser Puffer sollte ausreichen, um zukünftige konjunkturelle Schwächephasen auszugleichen.«

Derzeit liegt der Beitragssatz bei 3,0 Prozent des Bruttolohns. Bundesarbeitsminister Hubertus Heil (SPD) plant zum 1. Januar eine Absenkung um lediglich 0,3 Prozentpunkte. Die Union dringt auf eine stärkere Entlastung, auch um erwartete Beitragsanstiege in der Pflege- und Rentenversicherung auszugleichen. Schmidt kritisiert, dass steigende Sozialabgaben die Bezieher niedriger Einkommen wie auch die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen belasteten. COS